

**L1NEU Unser Krisenmodus: SOLIDARITÄT**

Gremium: 47. Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 19.11.2022

Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

**Antragstext**

1 Auch Monate nach Beginn des brutalen Angriffskrieges von Russland auf die Ukraine stehen wir weiter fest entschlossen und solidarisch an der Seite der Ukraine. Wir solidarisieren uns mit den Familien, die auseinandergerissen werden, weil Menschen auf der Flucht sind. Wir solidarisieren uns mit den Kindern, die als Teil ihrer Kindheit Angst erleben und Nächte in Bunkern verbringen müssen. Wir solidarisieren uns mit all denjenigen, die im Krieg Angehörige und Freund\*innen verloren haben und unter diesem schrecklichen Krieg leiden. Für uns ist klar: Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen und wir müssen alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um die Ukraine zu unterstützen und diesen Krieg zu beenden. Wir stehen daher fest hinter den Beschlüssen der Bundesregierung in Bezug auf die Ukraine und insbesondere hinter den Sanktionen gegen Russland.

2 Auch in Brandenburg sind die Folgen des Krieges spürbar. Immer mehr Menschen aus  
3 der Ukraine suchen bei uns Schutz und Frieden. Die Solidarität, mit der die  
4 Bevölkerung die Geflüchteten aus der Ukraine unterstützt und die Hilfe, die viele  
5 Menschen leisten sind überwältigend. Zusätzlich unterstützt die Landesregierung  
6 die Kommunen bei der Aufnahme der Geflüchteten. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen und notwendige finanzielle Mittel bereitstellen. Auch aus anderen Ländern suchen wieder mehr Menschen Schutz und Frieden bei uns. Diesen Geflüchteten gilt unsere volle Unterstützung. Daher fordert Bündnis 90/Die Grünen mehr sichere Häfen in Brandenburg und mehr Aufnahmekapazitäten in Brandenburg generell. Klar ist auch: es darf keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben. Die Unterstützung die Geflüchteten aus der Ukraine zukommt muss auch für Geflüchtete aus anderen Ländern wie z.B. Afghanistan gelten, alle müssen dieselben Möglichkeiten erhalten. Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen ein. Dies ist insbesondere auch eine Aufgabe der Kommunen, für die zweckgebunden zusätzliche Mittel für diese Aufgabe bereitgestellt werden müssen. Es ist inakzeptabel, dass in dieser Situation Kapazitäten in der Erstaufnahmeeinrichtung Doberlug-Kirchhain durch das Brandenburger Innenministerium geschlossen werden.

Wir sehen zunehmend die Schwachstellen im Bereich der kritischen Infrastruktur. Der von Putin geführte hybride Krieg gegen demokratische Staaten spielt sich vor

allem im Cyberbereich ab. Angriffe gegen unsere kritische Infrastruktur und Sicherheit verdeutlichen unsere Verwundbarkeit. Sie haben das Ziel, unsere Gesellschaft in einer von Krisen gekennzeichneten Zeit weiter zu verunsichern und zu spalten. Das Vertrauen der Bürger\*innen in den Staat soll erschüttert werden. Der Schutz dieser Infrastrukturen und der Katastrophenschutz sind zentrale Bausteine für ein krisenfestes Land. Deshalb müssen wir uns besser schützen und in den nächsten Jahren in diesen Bereichen mehr investieren. Wir begrüßen ausdrücklich den Landtagsbeschluss, die IT-Sicherheit in Brandenburg zu stärken und drängen auf eine baldige Umsetzung, um den Staat vor weiteren Angriffen zu schützen. Wir unterstützen den Prozess hin zu einer Nationalen Sicherheitsstrategie auf Bundesebene, die derzeit unter Federführung des Auswärtigen Amtes erarbeitet wird. Auch sie rückt die Cyberaußenpolitik stärker in den Mittelpunkt.

7 Eine weitere Folge des Krieges sind die gestiegenen Preise. Neben den  
8 Energiekosten sind auch die allgemeinen Lebenshaltungskosten, wie z.B. für Brot, Öl u.ä. deutlich gestiegen. Das bringt viele Menschen in große finanzielle Schwierigkeiten. Gerade diejenigen, die vorher nur schwer über die Runden gekommen sind, leiden jetzt ganz besonders unter den gestiegenen Preisen. Es ist damit zu rechnen, dass die hohen Preise auch in Zukunft nicht signifikant sinken werden. Für viele Menschen geht es gerade nicht nur um die Frage, die Heizung ein Grad kälter zu stellen oder sich einen Pullover mehr anzuziehen, sondern darum, wie sie sich am Ende des Monats noch genug zu essen leisten können. Es ist unsere Aufgabe in der Politik, die Menschen nicht allein zu lassen, sondern zielgerichtet diejenigen mit geringem Einkommen und geringen finanziellen Möglichkeiten zu entlasten. Um unsere Solidarität mit der Ukraine aufrechtzuerhalten, müssen die Belastungen durch Krieg und Energiekrise solidarisch verteilt werden. Dazu gehört auch eine Übergewinnsteuer für jene, die übermäßig von den gestiegenen Preisen und vom Krieg in der Ukraine profitiert haben. Mit den gestiegenen Einnahmen müssen zielgerichtete Entlastungen finanziert werden. Daher braucht es jetzt eine gute Mischung aus zielgerichteten Direktzahlungen, Entlastungspaketen und langfristigen, nachhaltigen sozialpolitischen Maßnahmen.

## 9 **Zielgerichtete Direktzahlungen und Entlastungspakete**

10 Es ist gut, dass die Brandenburger Landesregierung Geld in die Hand nimmt und  
11 einen Brandenburger Rettungsschirm in Höhe von 2 Mrd. € plant, u.a. für akute soziale Entlastungen. In der konkreten Ausgestaltung der Maßnahmen werden wir darauf achten, dass die Hilfen zielgerichtet bei den Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ankommen und nicht mit der Gießkanne diejenigen entlasten, die gerade eigentlich mehr schultern könnten. Es benötigt zielgerichtete Direktzahlungen insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen sowie für Familien, Azubis, Studierende, Rentner\*innen und kleine und mittelständische Unternehmen. Außerdem braucht es Entlastungen für Empfänger\*innen von Transferleistungen. Einen weiteren Fokus legen wir auf die Strukturen der

sozialen Daseinsvorsorge wie z.B. Schuldner\*innenberatung und Frauenhäuser. Gerade in Krisenzeiten braucht es einen starken und handlungsfähigen Sozialstaat. Darüber hinaus müssen wir dafür sorgen, dass Menschen gar nicht erst unterhalb des Existenzminimums leben müssen und ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe gesichert sind. Das Bürger\*innengeld ist dabei ein erster Schritt in die richtige Richtung, perspektivisch wollen wir es zu einem bedingungslosen Grundeinkommen weiter entwickeln. Deshalb begrüßen wir auch den neuen Auszahlmechanismus im Jahressteuergesetz, den die Ampelkoalition einführt. Dieser ermöglicht es, zukünftig an alle Bürger\*innen in Deutschland Direktzahlungen vorzunehmen.

12 Trotz aller Anstrengung wird es leider immer noch Menschen geben, die durch die Raster des Sozialsystems fallen und besonderen Härten ausgesetzt sind. Um diese Menschen aufzufangen, muss die Landesregierung einen Härtefallfonds einrichten, aus dem Menschen in Einzelfallprüfung finanziell unterstützt werden können.

### 13 **Energiepreise deckeln und fossile Abhängigkeiten beenden**

14 Die steigenden Energiepreise sind ein Resultat der kurzsichtigen Politik der  
15 Großen Koalition, die in den letzten Jahren den Ausbau der erneuerbaren Energien  
16 verschlafen hat und uns in die fossile Abhängigkeit von Russland manövriert hat.  
17 Um uns daraus schnellstmöglich zu befreien, müssen wir die Energiewende massiv  
18 beschleunigen. Dazu braucht es schnelle befähigende Qualifizierungsmöglichkeiten  
19 für Fachkräfte und kurzfristig mehr Stellen in den Brandenburger  
Genehmigungsbehörden, um z.B. Windräder und PV-Freiflächenanlagen schneller zu  
genehmigen und bauen zu können. Neben dem schnellen Ausbau der erneuerbaren  
Energien müssen wir unseren Strommarkt reformieren. Aktuell bestimmt die teuerste  
Strom Strom-produzierende Anlage im Markt den Preis (Merit-Order). Konkret  
bedeutet das, dass das aktuell außerordentlich teure Erdgas unseren Strompreis  
bestimmt. Um die Preise zu senken, müssen wir dieses System verändern, sodass der  
Vorteil des günstigen Stroms aus erneuerbaren Energien endlich  
auch für die Stromkund\*innen zum Tragen kommt. Noch mehr Kohleverstromung oder  
die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken tragen nicht zu geringeren  
Strompreisen bei, sondern verlängern nur die Abhängigkeit von Russland,  
verschleppen den Umstieg auf die Erneuerbaren Energien und verschärfen die  
Klimakrise. Eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken lehnen wir daher weiter  
entschieden ab. Mit uns werden keine neuen Brennstäbe beschafft. Wir bestehen  
darauf, dass alle deutschen Atomkraftwerke spätestens zum 15. April 2023 vom Netz  
gehen. Ein akutes Hochfahren der Kohleverstromung ist nur sinnvoll, wenn dadurch  
ausschließlich die Verstromung von Erdgas ersetzt wird. Dabei ist aber auch klar:  
Die dadurch entstehenden Mehremissionen von Treibhausgasen müssen hinterher  
kompensiert werden. Jede Tonne Kohle, die jetzt mehr verbrannt wird, zieht den  
Kohleausstieg weiter nach vorne. Die soziale Krise bedingt durch die gestiegenen  
Energiepreise darf nicht gegen die Klimakrise ausgespielt  
werden - Krisen müssen zusammen gedacht und gelöst werden. Denn schlussendlich  
heißt 100 Prozent Erneuerbare Energien auch langfristig 100 bezahlbaren Strom für

die Menschen in Brandenburg!

In Schwedt bei der Raffinerie PCK liegt eine Ader der fossilen Abhängigkeit. Zum Jahresende endet der Import von russischem Rohöl. Dank der Bemühungen der Bundesregierung, auch in Kooperation mit Polen, wird die Versorgung der Raffinerie und deren Produktion sicher sein. Es gilt, an diesem wichtigen Industriestandort die Fachkräfte zu halten und ihnen eine sichere Zukunftsperspektive zu geben. Mit dem GRW-Sonderprogramm in Höhe von 375 Mio. € wird in den kommenden 15 Jahren die Transformation hin zu einer grünen Raffinerie, mit Chemie aus nachwachsenden Rohstoffen und dem Einstieg in grünen Wasserstoff gefördert. Dies ist für Schwedt und die ganze Uckermark eine wichtige Zukunftsinvestition. Doch dies allein reicht nicht. Das Land darf bei Fragen von Transformation und Industrieansiedlung keinen Landesteil vergessen und muss für gleichwertige Lebensverhältnisse eintreten. Brandenburg und gerade die Uckermark haben jetzt die Chance, zur Erzeugerregion für grüne Energie und Wasserstoff zu werden.

## 20 **Personelle Ausstattung in Wohngeldämtern und Jobcentern verbessern**

21 Menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht und darf steigenden Preisen nicht zum  
22 Opfer fallen. Die Ausweitung der Anspruchsberechtigung des Wohngeldes ist nur  
23 folgerichtig. Dies führt jedoch dazu, dass die Wohngeldämter mehr Fälle  
24 bearbeiten müssen. Um sicherzustellen, dass die Hilfen über das Wohngeld  
25 tatsächlich bei den Menschen ankommen, braucht es daher eine bessere personelle  
26 Ausstattung in den Wohngeldämtern. Gleiches gilt für die Jobcenter, die ebenfalls  
vor neuen Herausforderungen stehen und durch die beschlossenen  
Entlastungsmaßnahmen mehr Kapazitäten brauchen, um den gestiegenen Anforderungen  
gerecht zu werden. Hier braucht es zusätzlich eine Qualifizierung für die  
Mitarbeitenden, um sie besser auf die neuen Anforderungen vorzubereiten, sodass  
sie den Kund\*innen gezielter und besser helfen können.

## **Energiesparen - Energieeffizienz verbessern**

Wer weniger Energie verbraucht, spart Energiekosten und leistet zusätzlich einen  
Beitrag fürs Klima. Energiesparen und die Verbesserung der Energieeffizienz  
können das Problem der fossilen Abhängigkeit abfedern. Dabei ist für uns klar:  
Heizen und Duschen dürfen kein Luxus sein. Menschen mit geringem Einkommen sind  
aufgrund ökonomischer Zwänge längst zum Energiesparen im Alltag gezwungen. Wer  
zur Miete wohnt, hat zudem wenig Einfluss auf bauliche Maßnahmen zur Steigerung  
der Energieeffizienz. Wir fordern daher ein Förderprogramm für serielles  
Sanieren, welches kommunale Wohnungsbaugesellschaften und  
Wohnungsbaugenossenschaften finanziell fördert, wenn sie Sanierungsprogramme  
durchführen, welche den Energiebedarf des Gebäudes im künftigen Betrieb massiv  
senken und bei den Sanierungsmaßnahmen selbst vorrangig natürliche, sortenreine  
und regionale Baustoffe verwenden. Von den Entlastungen bei den Energiekosten  
profitieren dann die Mieter\*innen. Außerdem wollen wir den Bau kleiner

Photovoltaikanlagen für z.B. Balkone und Terrassen fördern, sodass Mieter\*innen ihren Strom teilweise selbst erzeugen können. Auch Direktzahlungen an Menschen mit geringem Einkommen, z.B. für den Austausch von Kühlschränken, sind gute Möglichkeiten, um Energie zu sparen und Menschen zu entlasten. Insgesamt ist es jedoch wichtig, Einsparpotentiale nicht immer nur bei jenen zu suchen, die bereits am stärksten belastet sind. Von offenen Kühltheken bis zu überdimensioniertem Wohnraum: Große Einsparpotentiale bestehen bei großen Unternehmen und Menschen mit hohem Einkommen. Wir fordern, in Zukunft bei Entlastungsmaßnahmen eine Kappungsgrenze in Betracht zu ziehen. Eine unnötige Entlastung wohlhabender Menschen können wir uns als Gesellschaft nicht leisten.

## 27 **Steigende Preise brauchen steigende Löhne**

28 Die Löhne in Brandenburg müssen in gleicher Form steigen wie die Preise. Dabei  
29 stehen wir an der Seite der Gewerkschaften und ihren Tarifverhandlungen. Die Anhebung des Mindestlohns auf Bundesebene war ein wichtiger Schritt. Brandenburg muss hier nachziehen und die im Koalitionsvertrag vereinbarte Tariftreueklausel im Zusammenhang mit dem Vergabemindestlohn endlich umsetzen. Es ist fatal, dass dieses wichtige Instrument zur Stärkung der Gewerkschaften und zur tariflichen Bezahlung sogar in der aktuellen Situation noch von unseren Koalitionspartnern SPD und CDU blockiert wird. Wir wollen, dass z.B. Träger von sozialen Einrichtungen nach Tarif bezahlen. Wenn diese auf Fördergelder vom Land angewiesen sind, gibt es jedoch oft eine Lücke zwischen der tariflichen Bezahlung und der Höhe der Fördermittel. Diese Lücke muss geschlossen werden, sodass es gerade den sozialen Trägern im Land wie z.B. Frauenhäusern besser möglich ist, nach Tarif zu bezahlen. Eine Erhöhung des Vergabemindestlohns halten wir zudem für nötig.

## 30 **Einwanderung statt Abschreckung**

31  
32 Brandenburg als Einwanderungsland ist weltoffen und solidarisch. Als schrumpfende  
33 Gesellschaft und insbesondere im Strukturwandel sind wir auf Zuwanderung von  
34 Fachkräften und jungen Menschen angewiesen. Sie sollen gern nach Brandenburg kommen. Für das Land ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Menschen hierher einzuladen und hier zu halten.

Bündnisgrüne Politik steht für Einwanderung und Integration von Menschen. Brandenburg hat mit geflüchteten Menschen aus der Ukraine große Solidarität gezeigt. Diese steht auch Menschen anderer Nationalitäten zu. Es gibt keine Zwei-Klassen-Solidarität mit Geflüchteten.

## 35 **Hürden bei Sozialleistungen abbauen**

36 Es gibt in Deutschland und auch in Brandenburg eine hohe Dunkelziffer an  
37 Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen hätten, aber diese Leistungen nicht

38 in Anspruch nehmen. Dies betrifft insbesondere ältere Menschen und  
39 (alleinstehende) Frauen. Gründe sind häufig die bürokratischen Hürden und ein  
teilweise menschenunwürdiges Vergabeverfahren, außerdem Sprachbarrieren,  
fehlendes Wissen um Unterstützungsangebote, die in Anspruch genommen werden  
könnten und die Scham, dies tatsächlich auch zu tun. Um dem zu begegnen, brauchen  
wir einen niedrigschwelligen Zugang und eine Entbürokratisierung von  
Sozialleistungen. Familien, welche Sozialleistungen beziehen oder nur über ein  
geringes Einkommen verfügen, sollen für ihre Kinder in Kindertageseinrichtungen  
und in den Schulen vom Essensgeld befreit werden oder nur einen symbolischen  
Euro/Essen bezahlen. Zudem brauchen wir eine Informationsoffensive, die  
zielgerichtet und niedrigschwellig die Menschen vor Ort erreicht. Es bedarf einer  
Veränderung  
im gesellschaftlichen Bewusstsein: Sozialleistungen sind kein Almosen, sondern  
ein Recht, das allen Bürger\*innen zusteht und in der Regel durch  
Beitragszahlungen z.B. in die Sozialversicherung selbst erworben wurde. Bei der  
Information und Unterstützung von Menschen vor Ort leisten die Sozialverbände  
einen unverzichtbaren Beitrag. Diese müssen daher durch zusätzliche finanzielle  
Unterstützung gestärkt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Begegnungsstätten (Nachbarschaftszentren,  
Seniorentreffs, Familienzentren u.ä.) besondere Unterstützung erhalten. Nach zwei  
Corona-Wintern ist es jetzt besonders wichtig, dass diese Einrichtungen ihr  
Angebot und ihre Öffnungszeiten aufrecht erhalten und ausbauen können. Wir  
stärken die Schuldner\*innenberatung und den Verbraucherschutz, damit sie ihr  
Angebot ausweiten können und auch eine Beratung vor Ort, in den  
Begegnungsstätten, anbieten können.

## 40 **Inklusion voranbringen und Barrieren abbauen**

41 Die dramatischen und unvorhersehbaren Kostenentwicklungen und die steigenden  
42 Energiepreise treffen Menschen mit Behinderungen in besonderer Weise, egal ob sie  
43 Assistenzleistungen benötigen, in Wohnformen der Eingliederungshilfe leben oder  
ob sie in Werkstätten oder in Tagesförderstätten arbeiten. Menschen mit  
Behinderung müssen darauf vertrauen können, dass ihnen bedarfsgerechte Angebote  
und passgenaue Unterstützung auch während der Energiekrise zur Verfügung stehen.  
Wir setzen uns daher bei Bund und Land für eine schnelle und unbürokratische  
finanzielle Hilfe ein.

Gleichzeitig nehmen wir wahr, dass Land und Kommune mehr Anstrengungen für  
Inklusion, gleichberechtigte Teilhabe und Barrierefreiheit etwa im  
Bildungsbereich, auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Mobilität auf den Weg bringen  
sollten. Für uns ist klar: Hier darf auch in der Krise nicht gespart werden.  
Wir wollen, dass Menschen mit *Behinderung* ein selbstbestimmtes Leben führen  
können. Dazu zählt, dass kommunaler Wohnungsbau barrierefrei sein sollte. Deshalb  
unterstützen wir die Idee, dass künftig jegliche sozialen Wohnbauförderprojekte  
die Verpflichtung zur Barrierefreiheit beinhalten müssen. Aktuell müssen  
barrierefrei umgebaute Mietwohnungen bei Auszug wieder in den Ursprungszustand

zurückversetzt werden und Maßnahmen zur Barrierefreiheit zurück gebaut werden. Das ist nicht zielführend. Auf Bundesebene setzen wir uns daher für eine Änderung dieser Regelung ein. In Brandenburg werden wir darauf hinwirken, dass bei kommunalem Wohnungsbau und Wohnungsbaugesellschaften auf die Anwendung dieser Regelung verzichtet wird. Gleichzeitig haben Menschen mit Behinderung oft keine Übersicht über barrierefreie Wohnungsangebote. Das wollen wir ändern und fordern ein Kataster für barrierefreie Wohnungsangebote.

44 Weiterhin fordern wir von Bund, Land und Kommunen, auf partizipative Weise die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen. Insbesondere Werkstätten für Menschen mit Behinderung gehören auf den Prüfstand. Dort wird derzeit nicht einmal der Mindestlohn gezahlt. Es geht darum, Orte des Übergangs in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu stärken und Inklusionsbetriebe zu zentralen Orten der betrieblichen Ausbildung und Beschäftigung für Menschen mit Behinderung zu machen.

## 45 **Günstige Ticketpreise als soziale Entlastung**

46 Mobilität ist ein Grundrecht und ein elementarer Bestandteil der sozialen  
47 Teilhabe. Menschen mit geringem Einkommen können sich oft kein eigenes Auto leisten. Die gestiegenen Preise führen dazu, dass die Situation sich verschärft und auch die Monatskarte zum Luxusgut wird. Gerade diesen Menschen müssen wir ermöglichen, günstig mit Bussen und Bahnen fahren zu können. Das spart CO2 und entlastet v.a. die Menschen mit niedrigem Einkommen konkret. Dazu muss das CDU-geführte Brandenburger Verkehrsministerium seine Blockadehaltung gegenüber einer Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket aufheben. Klar ist auch: Wenn die bundesweite Lösung eines 49€-Tickets kommt, darf sich Brandenburg nicht verschließen und wir müssen selbstverständlich unseren Beitrag dazu leisten. Wir kämpfen außerdem dafür, dass Brandenburg das bundesweite Ticket für die Brandenburger Schüler\*innen, Azubis, Studierende, Rentner\*innen und Sozialtransferempfänger\*innen auf 29€ subventioniert. Ein entscheidender Erfolgsfaktor des 9€-Tickets war der Preis und 49€ ist für viele Brandenburger\*innen noch zu teuer. Da es bis zur Einführung des 49€-Tickets noch etwas dauern kann, braucht es bis dahin eine Brückenlösung. Diese sollte innerhalb des VBB mit Berlin abgestimmt sein. Sie sollte entweder identisch mit der Berliner Lösung sein, mindestens jedoch den Preis und die Ermäßigungen des bundesweiten 49€-Tickets mit einer Gültigkeit für das gesamte VBB-Tarifgebiet vorziehen. Außerdem setzen wir uns für vergünstigte Einzelfahrscheine für Sozialtransferempfänger\*innen ein.

## 48 **Ausbau von Bussen und Bahnen**

49 Jedes günstige Ticket nützt nichts, wenn kein Bus und keine Bahn fährt. Daher muss der Ausbau von Bus- und Bahnlinien, gerade auch im ländlichen Raum, weiter vorrangig vorangetrieben werden. Mobilität ist ein wichtiger Teil der

Daseinsvorsorge und muss als solches auch von der Landesregierung prioritär behandelt werden. Konkret bedeutet dies, dass im ersten Schritt keine weiteren Strecken abbestellt werden dürfen. Die RB 63 wollen wir fest im Netzplan verankern und den Ausbau dieser für den Nordosten wichtigen Linie beschleunigen. Sie ist eine tragende Verbindung für das ganze Nahverkehrsnetz der Region. Mittelfristig müssen neue Strecken ausgebaut, alte Strecken reaktiviert, das Angebot deutlich verbessert und durch weitere Mobilitätsangebote (ergänzend zu Bus und Bahn) erweitert werden. Eine durch uns angestrebte Mobilitätsgarantie durch einen leistungsfähigen ÖPNV unterstützt alle Brandenburger\*innen, unabhängig von der Verfügbarkeit eines Autos.

### 50 **Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken**

51 Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) leistet seit jeher einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheitsversorgung, insbesondere auch im Bereich der Prävention. Als dritte Säule des Gesundheitswesens gehört zu den Aufgaben u.a. die Beratung von Familien, Schuleingangsuntersuchungen, Beratung und Hilfen für psychisch kranke Menschen, Eingangsuntersuchungen von Geflüchteten, u.v.m. Durch die aktuelle Krise nehmen psychische Erkrankungen zu, aber auch der Gesundheitszustand von z.B. Kindern verschlechtert sich. Mehr geflüchtete Menschen werden aufgenommen und treten ins System ein. Durch all dies steigen die Anforderungen an den ÖGD. Um diesen Menschen zu helfen, aber auch um vorbeugend tätig zu werden, braucht es eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Brandenburg. Es muss sicher gestellt werden, dass geflüchtete Menschen einen gesicherten Zugang zu Gesundheitsversorgung erhalten.